1011

Erscheint Mittwochs. Red.-Schluß: Sonntag.
Vierteljahrs-Abonnement 1,80 Goldmark.
Anzeigenpreis: 4 mm. Nonpareillezeile (Nichtberufl. ausgeschl.) 0,40 Goldmark. Stellenverm.-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 403
Versandst. u. Redakt.: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1,1
Zahlungen: Postscheckkonto: 3089 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Nummer 41 | Nürnberg, den 7. Oktober 1925 | 39. Jahrgang

Weltbürgertum.

Im großen ungeheuren Ozeane
Willst du, der Tropfen, dich in dich verschließen?
So wirst du nie zur Perl' zusammenschließen,
Wie dich auch Fluten schütten und Orkane!

Nein! öffne deine innersten Organe
Und mische dich im Leiden und Genießen
Mit allen Strömen, die vorüberfließen;
Dann dienst du dir und dienst dem höchsten Plane.

Und fürchte nicht, so in die Welt versunken,
Dich selbst und dein Ureignes zu verlieren:
Der Weg zu dir führt eben durch das Ganze!

Erst wenn du kühn von jedem Wein getrunken,
Wirst du die Kraft im tiefsten Innern spüren,
Die jedem Sturm zu stehn vermag im Tanze!

Friedrich Hebbel.

*

Amerikanische Politik.

Von J. Oudegeest, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Vor einigen Tagen hat der amerikanische Staatssekretär Kellog in einer Rede in Detroit die Stellung Amerikas zur chinesischen Frage erläutert. Er trat dabei für die Souveränität und territoriale Integrität Chinas sowie eine Politik der offenen Tür gegenüber diesem Lande ein. Kellog ist nicht der einzige amerikanische Staatsmann, der für China eine Lanze bricht. Auch Senator Borah, der Vorsitzende des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten, sagte kürzlich einige Wahrheiten über den wirtschaftlichen Imperialismus und machte dabei fremde und amerikanische Interessen und vor allem die Pläne der amerikanischen Handelskammer in China für die Unruhen in China verantwortlich. „Die amerikanische Handelskammer in China", führte er zum Schluß aus, „ist ein Teil einer imperialistischen Gruppe, die das chinesische Volk unterdrücken und ausbeuten und die Folgen anderen aufbürden will."

Mit diesen Anschuldigungen hat es ohne Zweifel seine Richtigkeit. Sie erscheinen jedoch äußerst seltsam, wenn man ihnen das Verhalten der beiden Staatsmänner in anderen Fragen gegenüber stellt. Denn es war Kellog, der die berüchtigte Note an Mexiko absandte, die alles andere als die Respektierung der Souveränität dieses Landes bedeutete. Es ist auch die amerikanische Regierung, die gegenüber dem ganzen lateinischen Amerika Pläne hat, die mit der offenen Tür auch nicht das Geringste zu tun haben. Schon die Note an Mexiko bot für die Länder des lateinischen Amerika, die sich der imperialistischen Absichten des amerikanischen Kapitals in diesem Weltteil wohl bewußt sind, Gelegenheit, sich einstimmig gegen diese aggressive Politik auszusprechen. Anstatt aber diesen schlechten Schachzug zu korrigieren, hat nun Amerika der alten eine neue Beleidigung hinzugefügt, indem es sich für den Arbeitsminister Davis einen Bericht über die Rassenverhältnisse im lateinischen Amerika (die amerikanischen Südstaaten) ausarbeiten ließ, in dem gesagt wird, daß nur zehn Prozent der 90 Millionen Einwohner des lateinischen Amerika zur weißen Rasse gehören und sich der Rest aus verschiedenen „farbigen" Rassen, das heißt Negern, Indianern und Asiaten zusammensetzte. Wer weiß, wie heikel die Rassenfrage in diesen Ländern ist und wie leicht die Gemüter über solche Dinge erhitzt werden, kann sich vorstellen, wie die Veröffentlichung eines solchen Berichtes im lateinischen Amerika wirken muß. Seine Bekanntgabe rief eine so große Mißstimmung hervor, daß das Handelsamt zur Mitteilung gezwungen war, die Veröffentlichung dieser Angaben müsse zu einer Zeit, wo die Handelsbeziehungen mit dem lateinischen Amerika auf ihrem Höhepunkt angelangt seien, als ein bedauerlicher Fehler betrachtet werden.

Die Intrigen gegen das lateinische Amerika sind damit aber nicht erschöpft. Bekanntlich arbeitete die „American Bar Association" vor nicht allzu langer Zeit mit Hilfe des Staatsdepartements Entwürfe von Verträgen und Konventionen aus, deren Ratifizierung nichts anderes als die Errichtung eines All-Amerikanischen Völkerbundes bedeuten und die Möglichkeit künftiger Konflikte zwischen dieser vom amerikanischen Imperialismus beherrschten Liga und dem Völkerbund mit sich bringen würde. Südamerikanischen Pressestimmen zufolge hat es allerdings nicht den Anschein, als ob die öffentliche Meinung irgendeines mittel- oder südamerikanischen Staates von der Aussicht, durch eine amerikanische Liga dem Völkerbund entfremdet und zu einer Gegen-Liga organisiert zu werden, sonderlich entzückt wäre. Am schärfsten sprach sich die „Prensa" von Buenos Aires aus, die besonders an folgender Klausel des Konventionsentwurfes Anstoß nahm: „Die amerikanischen Republiken erklären hiermit, daß in amerikanischen Angelegenheiten amerikanische Erwägungen den Ausschlag geben sollen, wenn möglich in Uebereinstimmung mit dem Völkerrecht; wenn eine solche Möglichkeit nicht besteht, so soll es ihnen frei stehen, neue Grundsätze oder Präzedenzfälle derart aufzustellen oder zu schaffen, wie sie für die Wohlfahrt der amerikanischen Kontinente unerläßlich sind." Das Blatt glaubt, daß diese Klausel über die wahren Absichten der Urheber der Entwürfe keinen Zweifel übrig lasse. Eine andere argentinische Zeitung erklärt, „das einzige internationale Gesetz, das die Vereinigten Staaten anzuerkennen scheinen, sei offenbar Onkel Sams Intervention". „Listin Diario" (Santo Domingo) sagt rund heraus, daß schon die bloßen Begriffe Monroeismus und Pan-Amerikanismus im lateinischen Amerika gründlich diskreditiert seien. Die Ursache hierfür sei die kommerzielle Expansionspolitik der Vereinigten Staaten. Und weiter: „Der Pan-Amerikanismus ist in Verruf gekommen, weil er nur die kapitalistischen und imperialistischen Interessen der Vereinigten Staaten fördern soll. Gebe Gott, daß Kellog sich von der Politik seines Vorgängers los macht!"

Dies scheint nun nicht gerade der Fall zu sein, was besonders auch durch das Verhalten Borahs bewiesen wird, der sich in letzter Zeit mit zunehmender Schärfe gegen den Völkerbund und besonders gegen den internationalen Schiedsgerichtshof ausspricht. Er sagt einerseits, er würde lieber sein Mandat als Senator aufgeben, als für den Beitritt zu diesem Schiedsgericht stimmen, anderseits führt er aus, daß die Entwicklung der Verhältnisse im Osten von jedem bedauert werden müsse, der den Frieden liebt.

Es ist vor allem der klaren Stellungnahme des amerikanischen Gewerkschaftsbundes zu danken, daß diese Gegensätze aufgedeckt und bekannt gegeben werden. Der Protest Greens, des Präsidenten der A. F. of L., gegen Kellogs Note an Mexiko hat im ganzen lateinischen Amerika Widerhall gefunden. Senator Justo beleuchtete diese Tatsache im argentinischen Senat mit folgenden Worten: „Ich glaube nicht, daß die nordamerikanische Regierung in ihrer Politik gegenüber Mexiko auf das Wohlergehen und die Freiheit dieses Volkes Bedacht nimmt. Diese Meinung ist so vorherrschend, daß die Zeitungen von Buenos Aires die Erklärungen der A. F. of L. zugunsten der mexikanischen Regierung und die Darlegungen der amerikanischen Regierung einander gegenüber stellen."

Die in der A. F. of L. und im Pan-Amerikanischen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter geben ihrer Stellungnahme unzweideutig Ausdruck, wenn sie sagen, daß sie die Freundschaft der lateinischen Amerikaner nicht um ihres Handels, sondern um ihrer Freundschaft willen und im Interesse eines guten Einverständnisses wünschen.

Die zweideutige Haltung Borahs und seine Angriffe gegen die amerikanische Handelskammer in China kommentiert der Pressedienst der A. F. of L. wie folgt: „Weshalb weigert sich Senator Borah gegenüber einem Lande, das näher bei Amerika liegt als China, die gleiche Stellung einzunehmen? Wie steht es mit seiner Haltung gegenüber der amerikanischen Handelskammer in Mexiko? Es mutet sehr seltsam an, daß Borah kein einziges Wort zugunsten des mexikanischen Volkes äußert oder sich irgendwie gegen die dunkeln Pläne amerikanischer Interessen wendet, die die Regierung Calles zu stürzen versuchen. Er nahm im Gegenteil an der Konferenz teil, die die kriegerische Note Kellogs herausgab und es wird sogar gesagt, daß in erster Linie er für die Fassung verantwortlich sei. Borah sagt kein Wort zugunsten Mexikos, läßt jedoch keine Gelegenheit unbenützt, die wildesten anti-demokratischen Fanatiker und die Sowjet-Regierung zu verteidigen. Weshalb sieht Borah die chinesische Lage so klar, während er zugunsten Rußlands und gegen Mexiko Stellung nimmt? Diese Frage geht nicht nur seine Person an; denn Borah hat als Vorsitzender des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten nach dem Präsidenten die größten Machtbefugnisse. Liegen vielleicht die Dinge so, daß Borah eine so hervorragende Stellung einnimmt, weil er dem wirtschaftlichen Imperialismus einer der beiden Gruppen des internationalen Bankkapitals vertritt und offenbar nicht der britisch-amerikanischen Gruppe angehört? Bekanntlich gibt es aber außer dieser Gruppe nur noch jene, die ihre Hauptquartiere in New York und — Berlin hat! Diese Gruppe hat in China keine Interessen mehr, hingegen hat sie ihr Auge scharf auf Mexiko gerichtet und hofft, sich in Rußland einnisten zu können. Wenn es irgendeine andere Erklärung für Borahs sporadischen Imperialismus und Anti-Imperialismus gibt, so sollten seine Freunde damit nicht zurückhalten!"

Der Kampf um Asien.

Vor einem englisch-russischen Konflikt?

Von Professor E. Lederer, Heidelberg.

Die spätere Geschichtsentwicklung wird vielleicht feststellen, daß der Sturz der Regierung Mac Donald und die Machtergreifung der konservativen Partei den entscheidenden Wendepunkt im Leben des englischen Imperiums darstellte. Mac Donalds Politik ging nicht nur auf die Befriedigung Europas, sondern auf die Herstellung eines erträglichen Verhältnisses zu Rußland und auf Umformung der Beziehungen zu den Kolonien, welche längst zu unabhängigen Staaten („Dominions") mit eigenen Parlamenten und Regierungen geworden waren oder wenigstens eigene Verfassungen erhalten hatten (wie Indien).

Diese Politik, welche in Asien im ganzen versöhnlich auftrat und den englischen Dominions (wie Australien und Kanada) die größte Bewegungsfreiheit ließ, allerdings deren aggressiven oder militaristischen Tendenzen (insbesondere Australiens!) nicht entgegenkam, suchte ein annehmbares Verhältnis zu Rußland anzubahnen. Es ist erinnerlich, daß damals Rußland von Großbritannien anerkannt wurde, daß russo-britische Wirtschaftskonferenzen stattfanden — alles parallelgehend mit einer europäischen Politik, die England mit einem befriedeten Europa vereinigen sollte. Zum ersten Male seit dem Beginn des Weltkrieges schien eine neue energische pazifistische Note in der europäischen und in der Weltpolitik überhaupt angeschlagen zu sein.

Die große Unbekannte in der Zukunft des europäischen Völkerschicksals war auch damals Rußland. Seitdem Rußland alle Interventionspolitik zurückgewiesen, alle Invasionsarmeen endgültig zurückgeschlagen hatte, mußten die europäischen Großmächte mit dem Erstarken dieses politisch-wirtschaftlichen Körpers rechnen, und mußten sich mit ihm in irgendeine Art von Beziehung setzen. Statt dessen sehen wir nur Unverständnis oder allgemeine Ratlosigkeit. Die europäischen Diplomaten — nur gewohnt, sich in ihrer eigenen Sphäre einer intrigenreichen Kabinettspolitik zu bewegen, in der aus persönlichen Beziehungen, geschickter Einsetzung privater Interessen, Erweckung von Prestigeansprüchen ein vielfältiges Netz gewoben wird, um den Gegner darin zu verstricken — fühlten sich dieser neuen Erscheinung des Sowjetstaates gegenüber ratlos. Sie schlugen energisch auf den Tisch, wenn die Propaganda „weißer" russischer Kreise ihnen Mut machte, und suchten nach Anschluß bei den Sowjetgewaltigen, wenn sie wertvolle Konzessionen erjagen zu können glaubten. Sie alle aber hatten doch offenbar — selbst nach dem „Kongreß der östlichen Völker" in Baku 1920 — noch nicht erkannt, daß sich in Moskau das Zentrum einer neuen Weltmacht bilde, welche da ist und gerade von den geschworenen Feinden jeder Idee in der Politik, von den „Realpolitikern", als existent anerkannt werden muß.

Rußland befand sich, als in England die Arbeiterpartei zur Regierung kam, am Scheideweg. Sollte es den ökonomischen Anschluß an Westeuropa suchen, sich mit Hilfe des englischen Kapitals die Importe an Produktionsmitteln sichern, welche zu einem raschen Aufbau der russischen Volkswirtschaft notwendig sind, oder sollte es sich auf seine eigenen Kraftquellen, auf seine Naturschätze und die arbeitsame geschickte Bevölkerung stützen und so im langsameren Tempo, aber unabhängig und frei in seinem politischen Weg zu einer Macht von entscheidender Bedeutung emporwachsen? Zweifellos waren auch in Rußland die Strömungen nicht einheitlich. Als aber Mac Donald zur Regierung kam, bot sich für all diejenigen russischen Kreise, welche einer Kooperation mit Europa das Wort redeten, eine sehr günstige Gelegenheit und es wurden jedenfalls damals wichtige Schritte für die Schaffung eines großeuropäischen Wirtschaftsgebietes getan.

So hat Mac Donald im großen ganzen unter Anerkennung der neuen Weltlage eine neue Form für das englische Imperium zu finden gesucht. Die Arbeiterregierung wollte die englischen Positionen in elastischer Verteidigung halten, den Ansturm der russischen Propaganda in Asien hemmen, die Verstimmungen in Japan beseitigen (Aufgabe des Planes, eine Riesenbasis für die englische Flotte in Singapore anzulegen), endlich Europa befrieden, und fand auf diesem Weg viele Freunde, nicht zuletzt die Stimmung der öffentlichen Weltmeinung, Amerika eingeschlossen.

Wer nun bei den letzten Wahlen in England, die wieder eine konservative Mehrheit brachten (freilich nur eine parlamentarische Mehrheit, die sich nur auf eine Minderheit der Wähler zu stützen vermag!), den vernichtenden Stoß gegen Mac Donald führte, ist heute noch nicht klar zu sehen. War es eine skrupellose Fälscherbande von Politikern oder politisierenden Beamten — oder hatte es tatsächlich mit dem Sinowjewbrief seine Richtigkeit und ließ man ihn von Rußland her lancieren, um den gemäßigteren Kreisen in Rußland durch eine Niederlage Mac Donalds das Genick zu brechen? Gleichviel, die Arbeiterregierung wurde gestürzt, ein rein konservatives Regime ohne jede Schwächung durch liberalen Einschlag kam zur Herrschaft.

Von der Regierung Baldwins wurden außenpolitisch wieder energischere Töne angeschlagen. Europa wurde trotz Dawes-Plan wieder unruhig. Daß Köln nicht geräumt wurde, war ein Zeichen dafür, daß wieder die Politiker alten Stils regierten, welche eine Pazifizierung Deutschlands nicht für möglich halten oder vielleicht gar nicht wünschen. Noch bedeutsamer aber ist die Verschärfung der Lage in Indien, China und die Spannung zu Japan. Der Beschluß, das Dock in Singapore doch zu bauen, hat zusammen mit der Einwanderungsgesetzgebung der Vereinigten Staaten die Mißstimmung in Asien gegen die „weiße Rasse" sehr gesteigert und die Frage immer dringlicher werden lassen, mit welchem Recht diejenigen Nationen gerade ihre Position in Asien ausbauen, welche im Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Asien Bundesgenossen suchten?

Der Abbruch der direkten englischen Verhandlungen mit Rußland über eine Ausgestaltung der Handelsbeziehungen hat dann weiterhin der Sowjetregierung in Asien völlig freie Hand gegeben. Da eine Orientierung nach Europa hin bei der fast feindlichen Haltung Englands nicht mehr in Frage kommen konnte, da auch die direkten Nachbarn Rußlands — insbesondere Polen und Rumänien — eine von Frankreich gestützte Rüstungspolitik betrieben, welche nur gegen Rußland gerichtet sein konnte, da die Fäden dieser Koalition sogar bis Japan hin gesponnen wurden — mußte sich Rußland energisch gegen Asien hin wenden. Es fand dort eine sehr breite Operationsbasis, welche es mit glänzender Taktik unter Benützung aller ökonomischen und politischen Unabhängigkeitsbestrebungen der asiatischen Völker ausbaute. Heute besteht, nicht von Moskau her geschaffen, aber doch begünstigt, bereits ein stillschweigendes Bündnis aller asiatischen Nationen gegen Europa, das heißt im Osten: gegen England. Und die Flutwelle der politisch-sozialen Bewegung gegen die offenbar verstockt konservative englische Politik in China zeigt, daß der oft vorausgesagte kritische Moment herannaht, in dem die Weltherrschaft Europas gegen die wachsende Belastung nicht mehr gehalten werden kann, sondern abgebaut werden muß.

In dieser Phase ist das Verhalten Englands entscheidend. Wird es wieder klug lavieren? Oder wird es sich in eine falsche Position hineinmanövrieren lassen? Fast scheint das letztere der Fall zu sein: Englands Stellung ist ja namenlos schwierig; irgendeine ernsthafte Aktion in China ist fast unmöglich — es gibt keine wirklich repräsentative Regierung ganz Chinas, keine unzweifelhafte staatliche Armee — es ist dort im fernen Osten ein Erdteil in Bewegung geraten und die normalen Mittel europäischer Politik und Kriegführung versagen den Dienst, da man passive Resistenz mit Gewalt nicht überwinden kann. Und was soll England in Indien tun, wenn die englisch kontrollierte Selbstverwaltung nicht funktioniert und wenn auch dort die Bewegung der „non cooperation", der Ablehnung jeder Verbindung mit England in rein passiver, vielleicht auch aggressiver Form, um sich greift?

In dieser kritischen Lage hört man in England die nur zu gut bekannten Töne der alten konservativen Melodie: England muß im Interesse des indischen Volkes die Regierung behalten und stärken, sonst würde der Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern zum schrecklichen Bürgerkrieg führen. Offenbar war dieser Pazifismus für Indien der Grund für die Engländer, sich dort festzusetzen — man konnte doch nicht zusehen, wie diese „Wilden" sich gegenseitig abschlachten — und besorgte daher eine Schutzimpfung mit Flottenstationen, Garnisonen und gelegentlichen Strafexpeditionen, alles nur zum Wohle des indischen Volkes!

Den Herd der Unruhe sieht aber England heute in Rußland. Obzwar es natürlich irrsinnig ist, anzunehmen, als ob die große nationale und Rassenrevolution Asiens von Moskau her inszeniert wurde — sie geht viele Jahrzehnte zurück —, so ist doch so viel richtig, daß Moskau heute ein Symbol geworden ist, an dem sich Asien orientiert. Wenn Rußland gedemütigt oder gar geschlagen und in die Knie gezwungen werden könnte, dann würde auch die nationale Bewegung in Asien abflauen. So sehen wir jetzt überall in Europa unter englischer Führung Stimmung gegen Rußland machen. Und wenn die englische Regierung dieser Tage durch Chamberlain im Parlament erklären ließ, daß sie sich vollkommen freie Hand lassen müsse, daß sie angesichts der Lage im Osten vielleicht sogar ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Parlament werde handeln müssen, so ist diese Kundgebung im höchsten Maß alarmierend.

Treiben die europäischen Völker wieder, ohne es zu merken, in eine Katastrophe hinein? Soll wieder ein Konflikt heraufbeschworen werden, um Kolonien, Flottenstützpunkte, Gewaltherrschaft in Asien zu stützen? Gerade wir in Deutschland haben alle Veranlassung, in dieser Lage doppelt vorsichtig zu sein. Wir dürfen uns — geschwächt durch den Krieg und absolut uninteressiert an der Aufrechterhaltung der englischen Herrschaft in Indien — nicht in Abenteuer hineinziehen lassen, als Söldner Englands, in Abenteuer, von denen vielleicht schon manch alte Generale träumen. Wir dürfen uns aber ebensowenig — gegen ganz Westeuropa aggressiv — nach Rußland hin orientieren, daß wir in einem etwaigen Konflikt bequeme Vorwände für den Einmarsch fremder Armeen bieten. Unsere Position muß die der strengsten Nichteinmischung sein, wobei es uns niemand verwehren kann zu hoffen, daß die asiatischen Völker in Würde und Selbstzucht als Träger alter Kultur ihr Schicksal selbst zu gestalten vermögen und daß in diesem Erwachen riesiger Volksmassen auch der Tag einer europäischen Union herannaht, die erst dann möglich sein wird, wenn die großen Kolonialmächte von heute fühlen werden, daß sich ihr Schwergewicht nach Europa verlegt.

Internat. Kampf für den Achtstundentag durch Warenboykott.

Stellungnahme der englischen Arbeiterpartei.

IAB. Ein Ausschuß der britischen Arbeiterpartei hat zur Frage der mißbräuchlichen Ausnutzung der Arbeitskräfte vom internationalen Standpunkt aus Stellung genommen. Er schlägt vor,

alle Erzeugnisse, die nachweislich unter Bedingungen erzeugt wurden, die den Grundsätzen des internationalen Uebereinkommens über den Achtstundentag zuwiderlaufen, zu boykottieren.

Der Ausschuß hat eine Entschließung angenommen, die besagt, daß der **Fortschritt der Industrie die Schaffung einheitlicher Arbeitsbedingungen notwendig macht.** Die Revision der Schutzzolltarife sei kein geeignetes Mittel die mißbräuchliche Ausnutzung der Arbeitskraft zu beseitigen. Das einzig wirksame Mittel bestehe im Abschluß einheitlicher **internationaler Abkommen**, welche gleichzeitig **Mindestnormen** für die Beschäftigung und Methoden vorsehen, durch welche die Durchführung dieser Bestimmungen gewährleistet wird. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß die von der IAK. geschaffenen Uebereinkommen die **Grundlagen für ein internationales Arbeitsgesetzbuch** bilden. Wenn ein Land diese Bestimmungen nicht achtet, sollen seine Erzeugnisse, die unter schlechteren Arbeitsbedingungen hergestellt wurden, von allen Ländern, die das Abkommen mitunterzeichnet haben, ausgeschlossen werden. Dieser Vorschlag ist übrigens nicht ohne Beispiel. In England war die Einführung gewisser Erzeugnisse, z. B. von Büchern, die den Gesetzen über das Copyright zuwiderlaufen, und von Waren, die in fremden Gefängnissen hergestellt wurden, vollständig verboten. Desgleichen haben die britischen Schokoladefabrikanten Großbritanniens und anderer Länder gemeinsam beschlossen, den **von Sklaven gepflanzten und geernteten Kakao zu boykottieren.**

Um eine genaue Umschreibung des Begriffs „Erzeugnisse auf Grund mißbräuchlicher Ausnutzung der Arbeitskraft" zu haben, wurde beschlossen, als solche alle Erzeugnisse zu betrachten, die unter ungünstigeren Arbeitsbedingungen hergestellt wurden, als sie im **Washingtoner Uebereinkommen über die Arbeitszeit** vorgesehen sind.

Ferner wurde in der Entschließung angeregt, die Bestimmungen des Friedensvertrages zu vervollständigen durch einen Beschluß der IAK., wonach alle Erzeugnisse, die unter Bedingungen hergestellt wurden, die dem Washingtoner Uebereinkommen widersprechen, von den Signaturmächten boykottiert werden, auch dann, wenn das zuwiderhandelnde Land das Washingtoner Uebereinkommen nicht ratifiziert hat.

Internationaler Schuh- u. Lederarbeiterkongreß in Paris.

Am Freitag, den 25. September, trat in Paris, im Ferrer-Saal der Bourse du Travail, der dritte **Internationale Kongreß der Schuh- und Lederarbeiter** zusammen. Das Tagungslokal war durch die Pariser Arbeitskameraden sehr stimmungsvoll ausgeschmückt worden. Auf der einen Seite des Rednerpultes war das Bildnis von **Karl Marx**, auf der anderen Seite die Büste von **Jean Jaurès** aufgestellt. Im ganzen waren 51 Delegierte aus 13 Ländern vertreten, und zwar waren erschienen aus Belgien 6, aus Dänemark 2, aus Deutschland (Lederarbeiter, Sattler und Schuhmacher zusammen) 14, aus England 3, aus Frankreich 7, aus Jugoslavien 1, aus Norwegen 2, aus Oesterreich 4, aus Polen 3, aus Schweden 1, aus der Schweiz 1, aus der Tschechoslowakei 5, aus Ungarn 2 Vertreter. Italien, Rumänien und Nordamerika hatten leider auf Entsendung von Vertretungen verzichten müssen. Als Gäste nahmen an der Tagung teil: **Jouhaux**-Paris als Vertreter des IGB. in Amsterdam und Kollege F. **Gilek**-Berlin (Deutscher Lederarbeiterverband). Als Uebersetzer fungierte Frau Dr. M. **Ewinger**-Nürnberg für die englische, M. **Rabet**-Paris für die französische und ein weiterer Dolmetscher für die schwedische Sprache.

Es bedarf keiner besonderen Betonung, welcher Wert im internationalen Zusammenschluß liegt. Einige Artikel in dieser Nummer legen Zeugnis davon ab, wie wichtig es für die Arbeiterschaft erscheint, den Vorgängen auf internationalem Gebiet laufend die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Auch für die Schuh- und Lederarbeiter wird es immer mehr zum dringenden Bedürfnis, im internationalen Austausch der Erfahrungen neue Kräfte zu sammeln für den Fortschritt und die Taktik des gewerkschaftlichen Kampfes in jedem Lande. Es beweist das schon die Reichhaltigkeit der Tagesordnung des diesmaligen Kongresses. Aus praktischen Erwägungen wurde die vorgesehene Tagesordnung etwas umgestellt und in folgender Aufeinanderfolge erledigt:

1. Wahl des Bureaus.
2. Bericht des Internationalen Sekretärs.
3. Bericht der angeschlossenen Verbände.
4. Statutenänderungen.
5. Die Verteidigung des Achtstundentages und die Erkämpfung der 44-Stunden-Woche. Referent M. **Roux**-Paris.
6. Die Zoll- und Handelsvertragspolitik und die Arbeiter. Referent **Mahler**-Berlin.
7. Arbeitszeit, Löhne und Lebenshaltung in der Schuh- und Lederindustrie. Referent J. **Simon**-Nürnberg.
8. Wahl des Sekretärs und des Zentralkomitees.

Nach begrüßenden Worten des Internationalen Sekretärs **Simon** an die erschienenen Delegierten wurden **Poulton** (England), **Roux** (Frankreich) und **Simon** (Deutschland) als Vorsitzende für die Leitung des Kongresses gewählt. Die Schriftführer stellten die norwegische, die österreichische, die belgische und die tschechoslowakische Delegation. In der nun folgenden **Begrüßungsansprache** durch **Roux**-Paris stellte dieser fest, daß es eine der Aufgaben der Internationalen Arbeiterverbindung sei, den Haß einzudämmen, der von dem Unternehmertum eines jeden Landes geschürt wird. Dieselben Unternehmer sind sich allerdings einig, auch international, wenn es um eigene wirtschaftliche Interessen geht. So haben zu der gleichen Zeit die Lederfabrikanten ihren internationalen Kongreß in Paris, bei dem wohl sicher auch die Haltung gegenüber der Arbeiterschaft besprochen würde. Die Arbeiterschaft habe überall das gleiche Interesse die Abwehr zu organisieren. Bei der Erörterung über die **Gültigkeit der Mandate** wendet sich Poulton (England) wiederholt und mit Entschiedenheit dagegen, daß Delegierte anerkannt werden, wenn die **Beiträge** von den Organisationen nicht bezahlt sind. (Zwei kleinere Landesverbände sind damit wegen finanzieller Schwierigkeiten im Rückstand.) Die Mandate wurden schließlich sämtlich für gültig erklärt, jedoch beschlossen, daß für die Zukunft Verbänden, denen nicht aus ganz besonderen Gründen die Beiträge gestundet worden sind, Mandate überhaupt nicht zugesandt erhalten. Von **Jouhaux** (Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes) lag eine Entschuldigung vor, daß er dringend verhindert sei, am ersten Tage auf dem Kongreß zu erscheinen. Vom Luxemburgischen Lederarbeiterverband wurden dem Kongreß herzliche Grüße übermittelt unter Aeußerungen des Bedauerns, diesmal nicht auch einen Vertreter entsenden zu können.

Geschäftsordnungsmäßig wurde die Debatte über die internationale **Einheitsfrage** mit der Debatte über den Bericht des Sekretärs verbunden, wobei vorliegende Anträge der schweizerischen und polnischen Landesorganisation zur Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit bei der Aussprache zum Zuge kamen. Von **Sulat**-Paris, dem Vorsitzender des abgesplitterten Kommunistischen Lederarbeiterverbandes, lag ein an den Kongreß gerichtetes Schreiben vor, mit dem Wunsche, zu der Diskussion als Zuhörer zugelassen zu werden. In dem Schreiben wurde die völlig falsche Behauptung aufgestellt, ein der Lederarbeiter-Internationale nicht angehörender tschechischer Verband habe zu dem Kongreß Einladung erhalten. Mit der Feststellung, daß letzteres aus der Luft gegriffen sei, wird, da nach dem Statut nur angeschlossene Verbände ein Vertretungsrecht haben, über das Schreiben von Sulat zur Tagesordnung übergegangen. Den abgesplitterten französischen Kameraden wird empfohlen, in den alten Verband zurückzukehren, dann sei die Einheit sofort hergestellt.

Das gleiche Schicksal — Uebergang zur Tagesordnung — erfährt ein aus Rußland von Jusefowitsch eingegangenes Schreiben von 14 Seiten, welches haltlose Anwürfe enthält: „In der deutschen Schuh- und Lederindustrie bestehe der Achtstundentag nur auf dem Papier", „es würde von uns der Faschismus nicht genügend bekämpft" usw. Der Kongreß vertrat die Ansicht, Ratschläge und Forderungen von außen nicht nötig zu haben, zumal wenn sie mit falschen und haltlosen Behauptungen gespickt seien, und beschloß ohne Verlesung über das Schreiben hinwegzugehen. Der Versuch von **Spudil** (Tschechoslowakei), dem Bureau noch ein zweites Schreiben aus Rußland vorzulegen, wurde mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß es abzulehnen sei, Briefe aus zweiter Hand entgegenzunehmen.

Der Vorsitzende der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter Kollege **Simon**, brachte in dem nun folgenden **Geschäftsbericht** zunächst die Wirtschaftslage in Erörterung. In Ländern mit ausgeprägter Inflation hat es eine geschäftliche Scheinblüte gegeben. In manchem Lande, wo die Basis der Industrie zu weit verbreitert wurde, tritt jetzt der Rückschlag ein. Starke Reduzierung der Belegschaften, Dauerarbeitslosigkeit, Kurzarbeit sind die Folgen. In vielen Ländern herrscht starke Arbeitslosigkeit. Auf Einfuhr ist mehr oder weniger kein Land mehr angewiesen. Vom Arbeiterstandpunkt ist indessen die Zollpolitik ein ganz sinnloses Mittel. Aber auf die technische Vervollkommnung muß überall geachtet werden. Das Sekretariat hat die internationale Verbindung gepflegt durch Teilnahme an verschiedenen Landeskongressen. Auch der Internationale Kongreß für Sozialpolitik in Prag ist beschickt worden. Finanzielle Unterstützung genoß die **schweizerische** Organisation bei dem großen Streik der Maßschneider. Leider hat die Organisationsziffer dort einen Rückschlag erlitten; es muß sehr geschickt gearbeitet werden, um die Organisation wieder zu kräftigen. Die **dänischen** Kollegen haben zum Teil mit internationaler finanzieller Hilfe das Unternehmertum in seine Schranken zurückverwiesen.

Der „Internationalen Vereinigung" beigetreten sind in der Berichtszeit die **Amerikanische Boot and Shoe Workes Union**, der **Polnische Lederarbeiterverband**, der **Verband der Jugoslawischen Lederarbeiter** und der **Rumänische Lederarbeiterverband**. Gegen die Unterdrückungsmaßnahmen in Polen gegenüber den dortigen Gewerkschaften muß schärfster Protest erhoben werden. In **Italien** beginnt sich die freie Gewerkschaftsbewegung wieder zu beleben, hoffentlich ist wieder ein baldiger Anschluß möglich. Die Zahl der in der Lederarbeiter-Internationale vereinigten organisierten Arbeiter ist im Berichtszeitraum von 335,782 auf 345,161 gestiegen. Im ganzen sind zurzeit der Internationale Verbände aus 18 Ländern angeschlossen.

Zu dem von polnischer Seite gestellten Antrag, den **russischen Schuh- und Lederarbeiterverband** in die Internationale aufzunehmen, verweist der Berichterstatter auf die Beschlüsse des vorigen Internationalen Lederarbeiterkongresses in Dresden, nach denen das Internationale Statut und sonstige Bedingungen von jedem eintretenden Verband anerkannt werden müssen. Es sei bezeichnend, daß das Wort Gewerkschaftseinheit so viel von denen im Munde geführt wird, die die Einheit zuerst zerstört haben. Man muß konstatieren, die Gründung der besonderen Moskauer Internationale hat die Front der Arbeiter nur geschwächt. Man braucht sich nur in die gemeinsame Front einzureihen die Zellenbildung zu unterlassen, den Weg der sachlichen Aussprache und Respektierung des Mehrheitswillens zu beschreiten, und die Einheit ist hergestellt. Solange eine Landesorganisation sagt, daß sie die Befehle von Moskau ausführen muß, kann sie in den Kreis nicht hinein, der der Spitze von Amsterdam untersteht.

In der Diskussion, in welcher Beanstandungen an der Tätigkeit des Sekretariats nicht zu verzeichnen waren, nahm die Aussprache über die **tschechoslowakische Angelegenheit** einen gewissen Raum ein. In der Tschechoslowakei war es auch nach der Revolution nicht möglich, die verschiedensprachigen Elemente, wie in der Schweiz, in einheitliche Organisationen zu vereinigen. Es bestehen getrennte Organisationen für deutschsprechende und für tschechisch sprechende Arbeiter. An dieser Entwicklung ist nationale Dickköpfigkeit nicht unschuldig gewesen. Eine weitere Zersplitterung wurde dann durch die Gründung der Moskauer Gewerkschaftsinternationale hineingetragen. Während die deutschsprachigen Organisationen sich hiergegen immun zeigten und sich befestigten, ist die Moskauer Zersplitterungstaktik auf die tschechischen Organisationen nicht ohne Wirkung geblieben. So sieht man in den Lederberufen hier heute etwa ein halbes Dutzend Organisationen.

Im tschechischen Schuhmacherverband, der der Internationale angehörte, bekamen die Kommunisten im Vorstand die Oberhand. Die sozialdemokratischen Angestellten, d. h. Sekretäre, wurden kurzerhand hinausgedrängt. Das Vorstandsmitglied Junek erklärte damals dem Internationalen Sekretär, daß sein Verband mit Moskau sympathisiere, aber **nicht** der Moskauer Internationale angeschlossen sei. Später stellte sich aber heraus, daß die von Junek vertretene Organisation sich der allgemeinen Arbeiterunion angeschlossen hat, und diese ist Mitglied der Moskauer Internationale.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß in Wien (Amsterdamer Internationale) hat nun Klarheit geschaffen, daß den internationalen Berufsorganisationen keine Organisation angehören darf, die zur Amsterdamer Leitung im Gegensatz steht. Darnach hatte sich der tschechische Schuhmacherverband wie auch der dortige Handschuhmacherverband entweder für die Zugehörigkeit zu Amsterdam oder zu Moskau zu entscheiden. Vom Zentralkomitee der Lederarbeiter-Internationale war ihm für eine diesbezügliche Erklärung eine Frist gesetzt. Es wurde bestimmt, daß Rechte und Pflichten der betreffenden Verbände der Lederarbeiter-Internationale gegenüber zu ruhen hätten. Die letzte Entscheidung hatte nun der Kongreß zu treffen. Bekanntlich ist inzwischen der tschechische Schuhmacherverband der Unterdrückungssucht der dortigen Verwaltungsorgane verfallen. Er wurde behördlich aufgelöst. Es ist aber eine neue Schuhmacherorganisation entstanden, die sich von den kommunistischen Einflüssen fernhält und die bereits 6000 Mitglieder zählt.

In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern scharf Protest erhoben gegen die **Unterdrückungsmaßnahmen**, wie sie in **Polen** und **Rumänien** gegen die Gewerkschaften beliebt werden. In der Frage der **Gewerkschaftseinheit** herrschte Uebereinstimmung, daß eine Lösung nur auf dem Wege der Verständigung der Spitzen von oben praktisch möglich ist. Die zum Wort gekommenen tschechischen Vertreter erklärten dennoch, ihre Beziehungen zu Moskau nicht abbrechen zu können. Was in der Erwiderung der Vertreter des englischen Schuhmacherverbandes **Poulton** und was **Simon** im Schlußwort darauf anführte, verdient hier festgehalten zu werden. Es war eine gründliche Abrechnung mit der Moskauer Spaltungstaktik. **Poulton** richtet einen Appell an den gesunden Menschenverstand. Durch die Organisation soll eine Besserstellung der Lebenshaltung der Arbeiter erstrebt werden.

Heim und Arbeitsstätte.

(Soziale Auswertung einer städtebaulichen Studienreise mit der Deutschen Gartenstadtgesellschaft durch Holland und England.)

Von Dr. Gustav **Hoffmann**.

Das Wohnungselend unserer Zeit und die widersinnige Zusammenballung von Menschen auf engem Raume ist eine natürliche Folgeerscheinung des Kapitalismus. Mit der Konzentration des Kapitals wuchs der Bedarf an Menschenmassen. Durch die Industrialisierung wurde die Stadt, wurde der Industriebezirk zum Platze des zusammengehäuften Proletariats. Darum datiert die eigentliche Großstadtentwicklung seit Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, das heißt seit der Zeit, in der der Kapitalismus bei uns sein Haupt zu erheben begann.

Wie somit in der ganzen Entwicklung enge Beziehungen bestanden zwischen Wirtschaft und Städtebau, so ist auch eine endgültige Lösung des Städtebauproblems nicht möglich ohne eine entsprechende Beeinflussung und Einstellung der Wirtschaft. Der Mensch ist mit seiner Wohnung auf seine Arbeitsstätte angewiesen. Er ist somit in der Gestaltung seines Wohnwesens gebunden, und solange der Kapitalismus einseitig seine Profitinteressen vertritt und sich ohne Rücksicht auf das Wohnbedürfnis entfaltet, wird die Stadt Produktionsstadt bleiben, neben der die Wohnstadt eine untergeordnete Rolle spielt.

Wohl hat die Entwicklung die Menschen aus dem alten Stadtkern längst herausgedrängt. Viele Menschen wohnen bereits im Kranze um die alte Stadt. Aber auch da beherrscht in deutschen Städten das Stockwerkhaus das Feld. Die Spekulation hat den Boden in Besitz genommen. Sie nutzt ihn durch Mietskasernen wucherisch aus, und sie hat den Preis für den Boden auf diese Weise so verteuert, daß ein Heim, eine Wohnung in Grün und Sonne, nur wenigen Glücklichen möglich ist. Die Gartenvorstadt ist keine endgültige Lösung des Wohnungsproblems, wie wir sehen werden. Doch bedeutet sie für den Augenblick ein Stück der Lösung der Wohnungsfrage. Aber wenn die Wohnungsfrage auch auf diesem Teilgebiete eine Lösung finden soll, so muß vor allem der profitgierigen **Privatwirtschaft** die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer niedrigen Instinkte **genommen** werden.

Was auf diesem Gebiete geleistet werden kann, das zeigten uns die großartigen Leistungen, die Holland und England aufzuweisen haben. Da ist in der holländischen Provinz Limburg in gar nicht langen Jahren um die neuen Staatszechen „Emma" und „Hendrik" ein Siedlungsgebiet entstanden, das 30,000 Arbeitern mit Familien, das heißt im ganzen 165,000 Menschen in Einfamilienhäusern mit Garten Wohnung bietet. **Staat und Kommunen** haben die Häuser geschaffen. Auch mehrere Ledigenheime wurden errichtet. Die Miete darf nach den Regierungsbestimmungen nie mehr als ein Siebentel des Einkommens betragen. Statistische Erhebungen über die gesundheitliche Bedeutung dieser vorbildlichen Tat fehlen noch, doch spricht die Tatsache in gewisser Weise eine bezeichnende Sprache, daß die Zahl der Geburten in der Provinz Limburg 31,2 auf 1000 Einwohner ist, während der Durchschnitt in Holland nur 24,9 beträgt. Außer den Einfamilienhäusern wurden vier Kirchen, drei Schulen, zwei Kleinkinderschulen, ein Kasino, dreizehn Läden, zwei Postämter, zwei Feuerwehrgebäude und zwei Krankenpflegegebäude errichtet. Die Gründung bedeutet also die Schaffung einer gesundheitlich einwandfreien, neuen Stadt, der Einwohnerzahl nach einer Großstadt, doch so groß angelegt und weit gedehnt, daß nur eine mehrstündige Autofahrt uns einen Ueberblick über diese großartige soziale städtebauliche Leistung geben konnte.

Als wir auf unserer Fahrt in Erinnerung an die öden Proletarierwohnstraßen in deutschen Industriebezirken diese weiten und freundlichen gesunden Wohnanlagen sahen, da wurden wir in der Ueberzeugung gestärkt, daß solche Wohnungskultur auch eine Menschenkultur zur notwendigen Folge hat, und unser holländischer Führer konnte uns den günstigen kulturellen Einfluß dieses Wohnwesens auch nur bestätigen. Das Bedürfnis nach Alkohol zum Beispiel ist in diesem Bezirke nicht so vorhanden, wie in Industriebezirken Deutschlands, und dieser Zustand wird im Gegensatz zum deutschen Unternehmertum von den holländischen Staatszechen **bewußt gefördert**. An den Ausgängen der Staatszechen sind Schankstätten, in denen für 5 Pfg. ein Glas **Milch** verabreicht wird. Ohne Zweifel wurde dieser Gedanke des Milchausschanks vor seiner Verwirklichung verspottet und als praktisch aussichtslos hingestellt. Die Erfahrung hat aber das Gegenteil gelehrt. Die Milchausgaben werden allgemein benutzt. Daß der Arbeiter nach Verlassen der Grube Durst hat, ist eine ganz natürliche Erscheinung. Hier wird dieses natürliche Bedürfnis in verständnisvoller Weise bewußt in gesunde Bahnen gelenkt, während der deutsche Arbeiter fast allgemein durch die nächste Kneipe dem Alkoholkapital überlassen ist. In welch wesentlicher Weise das Wohnungswesen das Alkoholbedürfnis herabsetzt, zeigten uns später auch englische Gartenstädte, in denen sich die Gemeinde durch Abstimmung gegen die Errichtung von Alkoholstätten ausgesprochen hat. Bei Tisch fanden wir vor uns Krüge mit erfrischendem Zitronenwasser. Die Alkoholfrage ist keine Moralfrage, sondern ein soziales Gestaltungsproblem.

Aber auch große Städte wie **Amsterdam** und **Rotterdam** haben in Holland auf dem Wohnungsgebiete Hervorragendes geleistet, wie überhaupt kein Land während des Krieges und nach dem Kriege so viel wie Holland gebaut hat. In großem Kreise fuhren wir um die Städte und überall durch neue Wohnbezirke, ja ganz neue Stadtanlagen. Hat doch Amsterdam in den Jahren 1910 bis zum 1. Juni 1925 46,317 Wohnungen geschaffen. Besonders viele Wohnungen nach dem Kriege, 1922 zum Beispiel 6000, 1923 5000 und 1924 7000. Ein ähnliches prozentuales Verhältnis finden wir in Rotterdam. Eine ganze Vorstadt, Vreewijk, mit 9000 Einwohnern, die nur in Einfamilienhäusern ihr Heim haben, ist da in kurzer Zeit aus der Erde gewachsen. Aber diese Leistungen sind entstanden durch die kommunale Initiative. Kommunale Siedlungen erblühten neben den Siedlungen von Baugenossenschaften, und nur dieser kommunalen Initiative, die das Privatinteresse bei der Wohnungsgestaltung nicht zuließ, ist es zu danken, daß da jetzt viele Tausende in schönen Einfamilienhäusern mit Garten untergebracht sind.

Diese Ausdehnung der Städte bedingt natürlich auch eine Ausdehnung der Verkehrsmittel, deren Notwendigkeit sich diese großzügig arbeitenden Stadtverwaltungen auch bewußt sind. Besonders genügen Brücke und Fährbetrieb in Rotterdam nicht für die neuen Wohnbezirke am anderen Maasufer, wie uns das Stauen der vielen Wagen und Automobile bewies. Wie uns der Leiter des städtischen Wohnungsamtes, dem die Stadterweiterung untersteht, auf seiner Führung erklärte, trägt sich die Stadt Rotterdam mit dem Gedanken der Untertunnelung der Maas, doch möglichst ohne den Fahrstuhlbetrieb, wie er beim Hamburger Elbtunnel vorhanden ist. Das große Bedürfnis nach Verkehrsmitteln, das aus der Beziehung zwischen Wohn- und Arbeitsstätte erwächst, war auch aus der riesigen Benutzung des Fahrrades in Holland ersichtlich. Genosse **Cassenbach** vom Bureau der Amsterdamer Internationale, der als Freund des Gartenstadtgedankens in Amsterdam die Führung unterstützte, nannte uns das Vorhandensein von zwei Millionen Fahrrädern in Holland bei sieben Millionen Einwohnern des Landes. Eine interessante Karte, die der Vertreter der Stadt Rotterdam uns zeigte, lehrte überaus deutlich im Bilde, welche Rolle das Verkehrsmittel für den Städtebau und damit für das Gartenheim spielt. Da gab es Stellen nahe am Rande der Stadt, deren Erreichen dennoch wegen der schlechten Verkehrsverhältnisse das **Vierfache** der Zeit beanspruchte, die zum Erreichen einer weit draußen im Grünen und Freien liegenden Siedlung nötig ist.

(Fortsetzung folgt.)

Diese ist am besten zu erreichen durch starke, gefestigte Verbände. Die tschechischen Kollegen sprechen so viel von Einheit, in der Praxis macht man das Gegenteil. Das Richtige wäre doch, in die alte Front zurückzukehren. In einem anderen Lande ist der Einfluß auf die größte Schuhfabrik zurückgegangen. Wenn das die Folge der Bruderkämpfe ist, eine derartige Starkung des Unternehmertums, so ist diese Taktik doch geradezu vernichtend. Man sollte sich doch sagen, daß niemand zwei Herren dienen kann. Die Organisation wird dadurch nicht gestärkt, sondern nur geschwächt. Wenn jeder Verband darauf sieht, nur einer Internationale anzugehören, so wird damit das Streben gefestigt, endlich nur eine Organisation zu schaffen.

Simon bemerkt zunächst zu dem Protest gegen über der polnischen Unterdrückungspraxis, daß unser Protest unterschiedslos zu erheben ist, wenn irgendwo und irgendwann die Gewerkschaftsbewegung unterdrückt wird, gleichviel um welche Richtung es sich handelt. In der tschechischen Frage jetzt nach den bestimmten Erklärungen der dortigen Vertreter es mit einer Einigungskommission zu versuchen, sei wohl momentan aussichtslos. Die Moskauer Gewerkschaftstaktik ist nichts als kommunistische Parteitaktik. Man bildete Zellen, um politisch die Organisation zu erobern. Die Wirkung war die Organisationsflucht. In einem Rheingebiet blieben bei den Metallarbeitern unter kommunistischer Leitung von 30.000 schließlich nur 3000 Organisierte übrig. Und so ist es an vielen anderen Plätzen. Die Kommunistische Partei maßt sich an, in Gewerkschaftsangelegenheiten einzugreifen. Sie recht hinein, wer bei den Gewerkschaftswahlen als Kommunist kandidieren darf. In Remscheid wurde der kommunistische Angestellte des Metallarbeiterverbandes aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil er sich an seine Verbandstagsbeschlüsse gehalten hatte. So wird fortgesetzt die Arbeiterschaft, die einen gewerkschaftlichen Zusammenhalt nötig hat, durcheinandergebracht. Das Ende vom Liede ist der Indifferentismus in den Organisationen. Wenn es nur auf Schlagworte ankäme, müßte man unter kommunistischer Leitung die besten Organisationen haben. Das Gegenteil ist richtig. In Frankreich und auch anderwärts, wo die Kommunisten ihren Einfluß ausübten, gingen die Organisationen zurück. In Skandinavien dagegen, wo man nicht den Parolen von Moskau folgte, sind die Organisationen groß und stark geworden. Es ist ein Jammer, daß in den kleinsten Ländern, wo nur 10 Prozent Organisierte da sind, die Organisationen zur Ohnmacht verurteilt sind, weil der politische Streit hineingetragen wurde. Der lachende Dritte ist dort der Kapitalismus. In der Tschechoslowakei sollte man sich doch sagen, daß naheliegenden praktischen gewerkschaftlichen Gründen der Anschluß nach dem Westen zu suchen ist. Wir haben niemals Organisationen zurückgestoßen, die zu uns wollen, aber wir wollen uns keiner politischen Partei binden. Wir Gewerkschaften müssen bei unserer Bewegung die Führung haben. Einheit in diesem Sinne wird kommen, weil die Arbeiter selbst einsehen, daß die andere Seite ein falsches Spiel getrieben hat.

Bezüglich einer in der Diskussion gemachten Anregung, eine Delegation zur Erforschung der Verhältnisse in der Schuh- und Lederbranche nach Rußland zu entsenden, bemerkt Simon, daß es zum Beispiel dem deutschen Bergarbeiterverband verwehrt worden sei, einen Dolmetscher nach eigener Wahl mitzunehmen. Unter solchen Umständen sei die Frage undiskutabel. Für die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt lagen zwei Resolutionen vor, von denen die erste (Protest gegen die Unterdrückungsmaßnahmen) einstimmig, die zweite im letzten Absatz gegen 6 Stimmen zur Annahme gelangte. Die Tätigkeit des Sekretariats wurde gegen eine Stimme gut geheißen.

Die angenommenen Resolutionen lauten:

Resolution

Der Kongreß der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften und gegen die Verfolgungen und Einkerkerungen von Gewerkschaftsführern in einzelnen Ländern.

Der Kongreß verurteilt insbesondere das Vorgehen von Regierung und Polizei gegen die Gewerkschaften und deren Führer in Polen, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien sowie die Verfolgungen und gewaltsame Unterdrückung der Gewerkschaften durch den Faschismus in Italien.

Die Einkerkerung von 19 Mitgliedern des rumänischen Gewerkschaftsrates, die in Bukarest zu einer Sitzung versammelt waren, erklärt der Kongreß als eine Kulturschande. Der Kongreß fordert die organisierte Arbeiterschaft aller Länder auf, sich diesem Protest anzuschließen.

Der Kongreß erblickt in der Verfolgung der Gewerkschaften und deren Führer den Versuch der betreffenden Regierungen und deren Organe, dem Unternehmertum Handlangerdienste zu leisten und die Unternehmer in der Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Arbeiter zu unterstützen.

Der Kongreß fordert die Arbeiter auf, trotz aller Verfolgungen sich umso enger um ihre Organisation zu scharen, da nur durch starke Organisationen und einiges und geschlossenes Vorgehen der Arbeiter die Reaktion überwunden, die Ausbeutung beseitigt und ausreichender Lohn für die Arbeiter erkämpft werden kann.

Resolution
zur Frage der Gewerkschaftseinheit.

Der internationale Kongreß der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter erklärt:

In Erwägung, daß die Frage der gewerkschaftlichen Einheit der Arbeiter eine Lebensfrage für die Arbeiterbewegung darstellt, begrüßt der Kongreß alle Bemühungen, die geeignet sind, die Einheit in den Gewerkschaften herbeizuführen.

Diese Gewerkschaftseinheit kann aber nur dann hergestellt und die Gewerkschaften zur höchsten Kraftentfaltung gebracht werden, wenn sie als freie, von jeder politischen Partei und Regierung unabhängige Organisationen sich betätigen können.

Der Kongreß erblickt in dem Bestreben der Kommunistischen Partei, die Gewerkschaften sich unterzuordnen und dieses Ziel durch Zellenbildung zu erreichen, eine große Gefahr für den Bestand der Gewerkschaften und erklärt, daß gerade hierdurch die Gewerkschaftseinheit auf das Empfindlichste gestört wurde. Indem der Kongreß feststellt, daß die Spaltung der Gewerkschaften erst durch die Gründung der Moskauer Gewerkschaftsinternationale und durch deren verleumderische Kampfesweise gegen die Amsterdamer Internationale herbeigeführt und dadurch der gesamten Gewerkschaftsbewegung schwerster Schaden zugefügt wurde, bekennt sich der Kongreß zu den Prinzipien der Amsterdamer Internationale und erklärt, daß es sowohl mit der gewerkschaftlichen Einheit, wie auch mit den Beschlüssen dieses Kongresses unvereinbar ist, wenn eine Organisation zwei Internationalen angehört.

Zum Tagesordnungspunkt Statutenänderungen lagen mehrere Anträge der skandinavischen Verbände vor. Der letztere Antrag will eine Erhöhung der Vertreter im Zentralkomitee auf neun Mitglieder, wovon vier Schuhmacher und die übrigen die Vertreter der anderen Berufe sein sollen. Der erste Antrag zielte auf feste Regelung der Unterstützungsbeihilfen bei Streiks und Aussperrungen durch die Internationale ab. Der Gedanke war der, den Organisationen bei großen Kämpfen von längerer Dauer aus der internationalen Kasse einen bestimmten Zuschuß zu gewähren. So sagte der vorgeschlagene Absatz d): „Wenn 50 bis 75 Prozent der Mitglieder eines Verbandes an einer Arbeitseinstellung teilnehmen, erhält der Verband 50 Pfg. pro Woche für jedes am Kampfe beteiligte Mitglied." Zur Bestreitung dieser Ausgaben war die Durchführung einer Extrasteuer vorgesehen, der sich kein angeschlossener Verband entziehen dürfe. Gundersen (Norwegen) führte zur Begründung aus, daß es selbstverständlich sei, daß jeder Landesverband versucht, mit eigenen Mitteln seine Kämpfe durchzuführen, die gemachten Vorschläge bezögen sich nur auf große, ernste, längere Konflikte. Eine Reihe anderer Internationalen arbeiten bereits in diesem Sinne und es drehe sich darum, im Prinzip damit anzufangen. Simon bemerkte, er verstehe durchaus, daß von den klassischen Ländern der großen Generalaussperrungen ein solcher Antrag ausgeht; er stehe dieser Frage sympathisch gegenüber. Es sei allerdings die Frage, ob wir schon in der Lage seien, die Sache statutarisch zu verankern. Die Angelegenheit müsse in jeder Organisation zur Diskussion gestellt werden, weil ein derartiger Beschluß ja die einzelnen Verbände finanziell binde. Grundsatz müsse führen und Kämpfe weiter zu finanzieren, müsse die internationale Hilfe einsetzen. Das wurde bisher auch schon so gehandhabt.

Es wird schließlich eine Resolution angenommen, in der betont wird, daß die gegenseitige finanzielle Hilfe zu einer Lebensfrage für einen Verband werden kann, wenn die Anforderungen die eigenen Kräfte des Verbandes übersteigen. Der Kongreß spricht die Hoffnung aus, daß auch in Zukunft internationale Solidarität geübt wird. Er begrüßt die skandinavischen Anträge und empfiehlt, sie auf den Verbandstagen der Verbände zu diskutieren. Bestimmte Vorschläge sollen dann mindestens ein Vierteljahr vor dem nächsten internationalen Kongreß an das Internationale Sekretariat eingereicht werden.

Der Antrag auf Erhöhung der Sitze im Zentralkomitee wurde mit 56 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Die wegen Paßschwierigkeiten nicht rechtzeitig eingetroffenen polnischen Delegierten rollen noch einmal die Frage auf, ob nicht Delegationen in die Länder gesandt werden sollen, wo Unterdrückungen der Gewerkschaften stattfinden, um Untersuchungen anzustellen an Ort und Stelle über die Unterdrückungen. Simon schlägt vor, diese Sache dem IGB. zur weiteren Verfolgung zu überweisen. Dieser Vorschlag wird angenommen.

Es folgt dann die Regelung der Beitragsfrage. Der Beitrag wird schließlich nach langerer Diskussion pro Kopf, Jahr und Mitglied für die Inflationsländer auf den Wert von 20 Cts., für die übrigen Länder auf 5 Pfg. festgesetzt.

Der Kongreß wandte sich nunmehr den Fragen des Achtstundentages und der Bekämpfung der Zollpolitik zu, die eine lebhafte Debatte auslösten.

Der Referent Roux (Paris) zur Achtstundenfrage verweist darauf, daß in den Ländern, wo der Achtstundentag durch Gesetz oder Tarif erreicht ist, das Unternehmertum versucht, durch Ausdehnung der Überstundenwirtschaft ihn zu sabotieren. Das Unternehmertum erhält dabei durch Arbeiter, die nicht organisiert sind, die besten Helfershelfer. Die Arbeiter, die durch Verteuerung der Lebenshaltung sich bewegen lassen, durch Überstunden den Verdienstausfall wett zu machen, verstehen gar nicht, wie sie sich selbst schaden. Die Unternehmer wissen, was sie wollen; sie wollen die Arbeitszeitfrage zu einer Autoritätsfrage machen, um über den überarbeiteten Arbeiter wieder als Herr im Hause zu kommen. Produktionstechnisch wäre sogar eine Wochenarbeitszeit von 44 Stunden möglich. Zuerst bleibt aber die strikte Anwendung des Achtstundentages unser Ziel. Nur eine jahrzehntelange unablässige Propaganda hat den Arbeitern den Achtstundentag gebracht; wir müssen uns energisch zur Wehr setzen, ihn zu halten. Politisch ist in allen Ländern auf Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu dringen. Gewerkschaftlich muß eine energische beständige Erziehungspropaganda einsetzen, ein moralischer Druck, damit die strikte Anwendung gesichert wird.

In der Diskussion bemerkt Lez (Deutschland), daß die Unternehmer mit Vorliebe den Weg beschreiten, an den persönlichen Egoismus der Arbeiter zu appellieren, wenn sie Ueberstunden verlangen. Wir müssen den Unternehmern mit Beweismaterial begegnen, daß eine Arbeitszeitverlängerung quantitativ und qualitativ die Leistung vermindert. Redner tritt der vielfach vertretenen Ansicht entgegen, daß in Deutschland der Achtstundentag preisgegeben sei. Die Schuhindustrie hat den Achtstundentag tariflich; er wird auch eingehalten, ebenso liegt es in einer Reihe anderer Industrien. Im vorigen November wurde durch eine Statistik nachgewiesen, daß für 46 Prozent der Arbeiterschaft der Achtstundentag noch üblich war, ein Teil arbeitete neun Stunden. Inzwischen ist um die Befestigung des Achtstundentages weiter gekämpft worden. Die Bauarbeiter haben soeben einen Kampf um die 46-Stundenwoche erfolgreich bestanden. Man wird freilich Deutschland solange eine unberechtigte Konkurrenzmöglichkeit vorhalten, solange die deutsche Regierung sich nicht zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bereit findet. Deshalb wird von uns mit Nachdruck die Ratifizierung verlangt. Den Achtstundentag sichert man schließlich aber nur im ständigen gewerkschaftlichen Kampfe. Ueber Polen wird berichtet, daß man sich dort gern den Anschein gibt, sozial vorgeschritten zu sein. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt etwa eine Million, während amtlich nur 185.000 Arbeitslose eingeschrieben seien. Trotz Ratifizierung des Achtstundenabkommens wird bei der Eisenbahn, in der Metallindustrie, sogar in der Lederindustrie der Achtstundentag nicht eingehalten. Die schönsten Gesetze sind wirkungslos, wenn nicht durch entsprechende Strafbestimmungen erzwungen werden kann, daß die Unternehmer die gesetzliche Arbeitszeit einhalten müssen. Poulton (England) kann berichten, daß in Großbritannien der Achtstundentag fast allgemein tariflich anerkannt ist. Es werden 5¼ Tage in der Woche gearbeitet. Einzelne Schuhfabriken arbeiten 47, 46, auch 44 Stunden in der Woche. Redner wünscht Auskunft, wie es in der Tschechoslowakei steht, da Gerüchte umlaufen, daß dort bedeutend länger gearbeitet wird, auch aus der Schweiz liegen solche Meldungen vor. Der ungarische Delegierte weist nach, daß es bei straffer Organisation möglich war, im Großbetrieb bereits die 46-Stundenwoche zu erringen.

Aus der tschechoslowakischen Republik kommt die Aufsehen erregende Mitteilung, daß in einem großen Schuhfabrikbetrieb in Mähren, in welchem täglich 35.000 Paar Schuhe hergestellt werden, fortgesetzt Arbeitszeitüberschreitungen in großem Ausmaße vorkommen. Es handelt sich um die Firma Bata in Zlin in Mähren. Wie gemeldet wird, ist dort ein besonderes Antreibesystem im Schwunge. Die Arbeiter erhalten zuerst für ihre Leistungen Preise. Dann wird auf Grund der so erreichten Leistungen ein tägliches Arbeitspensum festgesetzt, das von jedem Arbeiter erreicht werden muß. Sofern das Pensum nicht erreicht wird, wird die Arbeitszeit entsprechend ausgedehnt bis in die Nacht hinein. Nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Oesterreich und anderen Ländern treffen Beschwerden ein, daß diese Firma mit unlauterer Konkurrenz auftritt. Auch aus der tschechoslowakischen Handschuhindustrie wird gemeldet, daß die Mitgabe von Heimarbeit nach Arbeitsschluß von den Fabriken üblich ist. In andern Ländern ist das verboten. Die ausländische Industrie beklagt sich dann über unlautere Konkurrenz. Die Unternehmer der verschiedenen Länder tragen sich mit der Absicht, für unter solchen Verhältnissen hergestellte Waren die Grenzsperre zu verlangen.

Eine Reihe Delegierte nahm Veranlassung, diese Zustände einer scharfen Kritik zu unterziehen. Die genannte mährische Schuhfabrik verweigert ihren Arbeitern, sich organisieren zu dürfen. Das Verhalten der Firma ist als Verstoß gegen die Washingtoner Konvention anzusehen. Schließlich wurde vom Kongreß das Internationale Sekretariat beauftragt, wegen dieses Falles eine Beschwerde an das Sozialministerium der tschechoslowakischen Republik zu richten, und wenn nicht Ordnung geschaffen würde, über weitere Maßnahmen Beschluß zu fassen.

Das Referat über die Schutzzollfrage, von Mahler (Deutschland) erstattet, rief eine nicht weniger umfangreiche Aussprache hervor, als der vorliegende Punkt. Die Ausführungen des Redners fanden allgemeine Zustimmung und Ergänzung. Redner hob hervor, daß die sogenannte Schutzzollpolitik den Massenverbrauch der ärmeren Schichten der Bevölkerung am meisten belastet. Gegenseitig durchgeführt, nützt diese plumpe Politik keinem einzigen Lande. Sie steigert die Bodenzinse und verhindert unter Umständen den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt. Vergrebend wird gleich den Schutzzoll gewissen Zweigen eine Monopolstellung geschaffen, die zur Ausbeutung der eigenen Volksmassen führt. Die Arbeiterschaft hat das alleinige Interesse, überall für den freien Güterverkehr zwischen den Völkern einzutreten.

In der Diskussion wurde von Dret-Paris angeregt, in die vorliegende Resolution einen Passus aufzunehmen, der für die Internationale Wirtschaftskonferenz in Genf die Zulassung von Vertretern der Arbeiterorganisationen fordert. Aufgabe dieser Konferenz müsse es sein, für die internationale Verteilung der Rohstoffe einen richtigen Weg zu finden. Das weiteren wird ein Antrag eingebracht, zu fordern, daß überall zu den Handelsvertragsverhandlungen Vertreter der Gewerkschaften zugezogen werden. Beiden Vorschlägen wurde zugestimmt.

Die von dem Kongreß angenommenen Resolutionen betreffend den Achtstundentag und die Schutzzollfrage lauten wie folgt:

Resolution zum Achtstundentag.

Der Internationale Kongreß der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter betont nachdrücklich, daß der Achtstundentag für den kulturellen und sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse, für die Ausbildung der körperlichen Kräfte und der geistigen Fähigkeiten die Voraussetzung ist. Daß die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich volkswirtschaftlich und produktionstechnisch einen Fortschritt bedeutet, kann nicht mehr in Abrede gestellt werden.

Die international geführten Angriffe des Unternehmertums fast aller Länder gegen die Errungenschaften des Achtstundentages sind fadenscheiniger Natur, diktiert von Profitinteressen und Unterdrückungsabsichten seitens des Unternehmertums. Die Taktik des reaktionären Unternehmertums geht dahin, den Achtstundentag in dem einen Lande zu beseitigen, um ihn dann mit dem Argument der Konkurrenz in einem anderen Lande zunichte zu machen.

Dieses durchsichtige Spiel der Feinde des Achtstundentages wird nicht aufhören, bis der Achtstundentag unumstößlich zum internationalen Gesetz geworden ist. Die Erringung und Aufrechterhaltung des Achtstundentages ist eine internationale Angelegenheit der Arbeiterschaft von wichtigster Bedeutung.

Das nächstliegende dringendste Ziel, das von der Arbeiterschaft in jedem Lande mit Nachdruck zu verfechten ist, ist die Ratifizierung der Washingtoner Konvention. Sie bildet den ersten Schritt und eine gegenseitige Garantie, die achtstündige Arbeitszeit international aufrechtzuerhalten.

Der Internationale Kongreß der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter ist sich aber auch weiterhin bewußt, daß der Kampf um die Befestigung des Achtstundentages und um eine weitere vernunftgemäße Verkürzung der Arbeitszeit mit Nachdruck auch auf gewerkschaftlichem Boden ausgetragen werden muß. Indem der Kongreß den auf der vorigen Tagung in Dresden gefaßten Beschluß betreffend die 45-Stundenwoche in Erinnerung bringt, fordert er die angeschlossenen Organisationen auf, in jedem Lande die Angriffe der Unternehmer auf den Achtstundentag mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zurückzuweisen und darüber hinaus alle Anstrengungen zu machen, um die 44-Stundenwoche durchzuführen.

Resolution zur Schutzzollfrage.

Der internationale Kongreß der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter erklärt:

Die Einführung von Schutzzöllen auf agrarische und industrielle Produkte bedeutet eine große Belastung und Verschlechterung der Lebenshaltung der großen Masse des Volkes. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Schutzzölle die Lebenshaltung der Volksmassen verteuern, ohne ihnen durch ein erhöhtes Einkommen einen Ausgleich zu gewähren. Trotz hoher Agrarzölle werden die Landarbeiter mit sehr niedrigen Löhnen abgespeist. Die Abperrung der Länder durch hohe Schutzzollmauern ist geeignet, die rationellste und billigste Warenherstellung zu verhindern. Die Verbesserung der Arbeitsmethoden ist aber die wichtigste Voraussetzung für die Erhöhung und Verbilligung der Produktion und damit der Erhöhung der Lebenshaltung der großen Volksmassen.

Schutzzölle sind ein plumpes Mittel zur Förderung der Produktion, das auf die Dauer keinen Erfolg hat. Der Krisenzustand der Industrie in Europa ist zu einem wesentlichen Teile auf die Schutzzollpolitik großer Industrieländer zurückzuführen. Diese Schutzzollpolitik ist das größte Hindernis für den freien Güteraustausch der Welt. Die Welt leidet nicht an einer Ueberproduktion, sondern an einer Unterkonsumtion. Die Schutzzölle schaffen den geschützten Produktionszweigen eine Monopolstellung im Lande, die sie zur Ausbeutung der breiten Volksmassen ausnützen. Diese monopolisierten Produktionszweige sind die schärfsten Gegner der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung überhaupt.

Der Kongreß fordert deshalb alle angeschlossenen Organisationen auf, in ihren Heimatländern mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln gegen die Neueinführung oder Erhöhung bestehender Schutzzölle auf agrarische und industrielle Produkte anzukämpfen. Dagegen müssen sie für den freien Personenverkehr und den freien Güteraustausch zwischen allen Ländern der Welt, auch den Kolonien, eintreten. Bis zur Erreichung dieses Zieles müssen sie für den Abschluß möglichst günstiger Handelsverträge ihre ganze Kraft einsetzen.

Der Kongreß fordert schließlich, daß zu der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf, deren Aufgabe es auch sein muß, für die internationale Verteilung der Rohstoffe einen richtigen Weg zu finden, Arbeitervertreter hinzugezogen werden.

Nun folgte das Referat des Internationalen Sekretärs Simon über Arbeitszeit, Löhne und Lebenshaltung der Lederarbeiter in der verschiedenen Ländern. Die Notwendigkeit, über Löhne und Lebenshaltung in den verschiedenen Ländern genauesten zu erforschen, sei so wichtig, wie keine andere Frage. Die Unternehmer verweisen fortgesetzt auf die Auslandskonkurrenz. Es gilt, diesen Einwendungen zu begegnen. Wir finden, daß Länder mit dem höchsten Lohn und der kürzesten Arbeitszeit am besten der Auslandskonkurrenz standgehalten haben. Es gibt also andere Mittel, als den niedrigsten Lohn, um konkurrieren zu können, zum Beispiel technisch vollkommenste Betriebseinrichtungen.

Redner vergleicht anhand einer gedruckt vorliegenden Statistik, wie es um Lohn und Lebenshaltung in der Schuh- und Lederindustrie der verschiedenen Länder bestellt ist. Der verschiedene Valutastand machte es erforderlich, daß das Lohnmittel jedes Landes zuerst in eine bestimmte (die englische) Währung umgerechnet wurde. Die ermittelten Zahlen wurden in bezug auf England gleich 100 gesetzt. Nach England hatten demnach Frankreich, Norwegen und Belgien die besten Lohnverhältnisse. Die Lohnhöhe allein kann allerdings noch nicht als Maßstab für den Lebensstandard angesehen werden.

Die Länder, die noch in starkem Maße Agrarländer sind, zum Beispiel Rumänien, haben billigere Lebensmittelpreise. Auch über diesen Gegenstand wurden Erhebungen aufgenommen und Vergleiche angestellt. Die Ergebnisse sind in Nr. 15 der „Internationalen Korrespondenz" abgedruckt worden. Weitere Feststellungen betreffen die Steuern, die Wohnungsmieten in jedem Lande und anderes.

Redner verweist unter größter Aufmerksamkeit der Delegierten auf die Wichtigkeit der Fortführung dieser Erhebungen und ersucht dringend, bei der Ausfüllung der Fragebogen gewissenhaft vorzugehen. Neben dem Lohn benötigen wir genaue Feststellungen über die in jedem Lande wirklich üblichen Arbeitszeitverhältnisse, um beweislosen Behauptungen und Gerüchten die Spitze abbrechen zu können.

Nach kurzer Debatte konnte zum letzten Punkt der Tagesordnung, Neuwahl des Zentralkomitees, übergegangen werden. Einstimmig erfolgte die Wiederwahl von Simon als internationaler Sekretär. Die Wahl für das Zentralkomitee fiel auf die Kameraden Lex, Blum und Mahler (Deutschland), Poulton (England), Roux (Frankreich), Hellinckx (Belgien) und Jönson (Dänemark).

Unter Dankesworten an die französischen Kameraden und die Delegierten und einem Hoch auf das Gedeihen der Internationalen Landesorganisationen der Lederarbeiter konnte der arbeitsreiche, gut verlaufene Kongreß am Sonntag, den 27. September, abends gegen 7 Uhr, geschlossen werden.

Gewerkschaftliches.

Karl Deichmann,
25 Jahre Vorsitzender des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Am 1. Oktober dieses Jahres kann Karl Deichmann (Bremen) auf eine 25jährige Tätigkeit als Vorsitzender des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zurückblicken. Was Karl Deichmann im Laufe dieser 25 Jahre für das Tabakproletariat getan hat, kann nur von dem voll gewürdigt werden, der die Schwierigkeiten kennt, die der Wirksamkeit des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes entgegenstehen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Tabakindustriellen mit zu den rückständigsten Gruppen des deutschen Unternehmertums gehören. Mehr als drei Viertel aller in der Tabakindustrie tätigen Arbeitskräfte sind weiblichen Geschlechts. Zu alledem kommt noch die ständige Beunruhigung des Tabakgewerbes durch Zoll- und Steuerpläne.

All dieser Schwierigkeiten zum Trotz hat sich der Deutsche Tabakarbeiter-Verband unter der Führung Karl Deichmanns zu einer machtvollen und achtunggebietenden Organisation entwickelt. Die Mitgliederzahl, die zu Beginn des Jahres 1900 mit 17,627 zu Buche stand, betrug zu Beginn dieses Jahres 66,712. Der Kassenbestand stieg von 47,131.27 ℳ am Anfang des Jahres 1900 auf 559,963.18 ℳ am Anfang des Jahres 1925. Aber auch der Einfluß des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist in den letzten 25 Jahren unter der Führung Karl Deichmanns bedeutend gewachsen. Während im Jahre 1900 in 531 Betrieben der Tabakindustrie mit 6966 Beschäftigten nur ein Minimallohn anerkannt war, bestanden am 1. Januar dieses Jahres 3 Reichs-, 18 Bezirks- und 24 Ortstarifverträge, die für 4981 Betriebe mit 150,251 Beschäftigten Geltung hatten.

Diese wenigen Zahlen zeigen wohl zur Genüge, was die Tabakarbeiter und ihre Organisation Karl Deichmann zu verdanken haben. Doch nicht nur gewerkschaftlich, auch politisch hat Karl Deichmann immer seinen Mann gestanden. Schon in der Vorkriegszeit gehörte er dem Reichstag und nach Beendigung des Krieges der Nationalversammlung als Mitglied an. In Bremen war er eine Zeitlang Bürgermeister. Aber ganz gleich, wo Karl Deichmann sich betätigte, immer stellte er seine ganze Person in den Dienst der Sache. Deshalb sprechen auch wir unserem Genossen Deichmann die besten Glückwünsche zu seinem Ehrentag aus und verbinden damit die Hoffnung, daß er der Arbeiterbewegung noch recht lange in geistiger und körperliche Frische erhalten bleiben möge.

Heilmittelreklame und Schwerhörige.

Es gibt im privaten Produktions- und Wirtschaftsleben kaum ein Unternehmen, das der Reklame ganz entbehren kann. Wer seinen Kundenkreis vergrößern, seinen Umsatz vermehren will, muß Reklame machen. Im friedlichen, wirtschaftlichen Wettbewerb der Völker wirkt die Reklame kulturfördernd, weil sie versucht, den Erzeugnissen menschlicher Arbeit die weiteste Verbreitung zu geben.

Leider bewegt sich die Reklame aber auch oft in einer marktschreierischen Anpreisung minderwertiger Erzeugnisse. In diesem Falle liegt Reklameunfug vor. Der Reiz der Neuheit eines Erzeugnisses soll auf diese Weise vornehmlich dem Massenkonsum schmackhaft gemacht werden, weil dieser den größten Gewinn verspricht.

Der mit allen Finessen des Konkurrenzkampfes vertraute Geschäftsmann wird die Reklametrommel immer in den Bevölkerungskreisen am eifrigsten in Bewegung setzen, in denen er für seine Artikel — je nach Qualität und Ausführung — die meisten Abnehmer erwartet.

Besonders häßlich ist der Reklameunfug auf dem Gebiete des Heilmittelwesens, wodurch auch schon so manchem Schwerhörigen sein Geldbeutel zwar erleichtert, sein Leiden jedoch beileibe nicht gebessert worden ist. Die postalisch zum Versand gelangenden Reklameschreiben für Heil- und Hilfsmittel gegen Schwerhörigkeit lauten in der Regel:

„Wollen Sie für Ihre Zukunft sorgen, dann verlangen Sie noch heute unsern Prospekt und kaufen Sie sofort, ehe der verhältnismäßig nur kleine Vorrat erschöpft ist."

Die Prospekte selbst sind ausgefüllt mit warmherzigen — aber meist anonymen Anerkennungs- und Dankschreiben über die Wunderwirkung des angepriesenen Heil- oder Hilfsmittels. Die für gewöhnlich kurze Zeit danach in überaus entgegenkommender Form eintreffende Rückfrage läßt sich dann folgendermaßen vernehmen:

„Noch immer warten wir mit Ungeduld auf Mitteilung von Ihnen über den Erfolg, den Sie mit unserem Apparat erzielt haben. — Fühlen Sie bereits Erleichterung, hören Sie das Ticken Ihrer Taschenuhr wieder, und in welcher Entfernung vom Ohr? Empfehlen Sie unsere Firma in Kreisen Ihrer Leidensgefährten, respektive teilen Sie uns deren Adressen mit, damit wir auch diesen nähertreten können."

Den im Großen arbeitenden geschäftigen Kaufleuten passiert unter Umständen die Voreiligkeit, sich nach der Wirkung ihres Heil- oder Hilfsmittels zu erkundigen, bevor der damit Bedachte sich solches überhaupt gekauft hat. In der Vorkriegszeit kamen ganze Schiffs- und Wagenladungen dieses mehr oder weniger offenen Reklameschwindels als Post aus dem Auslande — insbesondere über den „großen Teich" — zu uns herüber. Es sei nur erinnert an die „amerikanische Ohrenbrille" und an den „für alle Leiden" verwendbaren amerikanischen Massierapparat. Aber auch die vielen Anpreisungen im Inlande an die leidende Menschheit, die Wald- und Wiesenkräuter Mixturen, die Ohrentrompeten, Hörkapseln, Hörtrommeln usw. bewegen sich fast restlos auf der gleichen Linie.

Zu der aufdringlichen Geschäftsreklame bleibt nur zu sagen: so viel Worte, so viel Heuchelei; gerade im Heilmittelwesen bricht sich das Gute ohne aufdringliche Reklame selbst Bahn. Auch der hochentwickelte Stand unserer ärztlichen Wissenschaft bürgt dafür, daß gute, einwandfreie Heil- und Hilfsmittel zum Wohle aller Leidenden von Fachärzten in Anwendung gebracht und den Patienten zur eventuellen Anschaffung empfohlen werden.

Mit dem Erstarken unserer kaufmännischen Beziehungen zum Auslande dürfte auch der überseeische Reklameunfug im Heilmittelwesen wieder zur neuen Blüte emporschießen. Dem gilt es rechtzeitig entgegenzuwirken. Deshalb richten wir an alle Leidenden und an die vielen Schwerhörigen insbesondere die Mahnung: Haltet die Augen offen und die Taschen zu! Fragt stets erst den Arzt über den Wert und über die Nützlichkeit solcher öffentlich angepriesenen Heil- oder Hilfsmittel, bevor ihr euch zum Kauf entschließt. Schützt euch dadurch vor Verlusten und helft dazu beitragen, jenen gewissenlosen Menschen, die sich ihr Tätigkeitsfeld mit Vorliebe unter der leidenden Menschheit wählen, ihr nur eigennütziges Handwerk zu legen. H. Bg.

Tarif- und Schlichtungswesen.

Allgemeinverbindlich-Erklärung
des Schiedsspruches des Reichsarbeitsministeriums vom 11. August 1925.

Unter dem 18. September 1925 ist folgende Entscheidung des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung ergangen:

„Der Nachtrag vom 11. August 1925 (verbindlich erklärter Schiedsspruch) zum allgemein verbindlichen Reichstarifvertrage für die Schuhindustrie vom 28. Februar 1921 (Reichsarbeitsblatt 1924, Nr. 10 Seite 197) wird für den gleichen beruflichen und räumlichen Geltungsbereich mit Wirkung vom 3. August 1925 für allgemein verbindlich erklärt.

Mit dem angegebenen Zeitpunkte tritt die allgemeine Verbindlichkeit des Nachtrages vom 20. März 1925 außer Kraft."

Damit sind die Tariflöhne des neuen Schiedsspruches auch rechtskräftig und maßgeblich geworden für die Schuhfabrikbetriebe, deren Inhaber einer Fabrikantenorganisation nicht angehören.

Lohnbewegung im Bezirk V Hamburg.

Für Schleswig-Holstein usw. hatten wir den Arbeitgebern am 8. Juni eine Lohnforderung eingereicht. Die Arbeitgeber lehnten jede Verhandlung mit uns ab, obgleich sie tariflich dazu verpflichtet waren. Am 17. Juli hatten wir dann Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. Dieser fällte einen Schiedsspruch, den Spitzenlohn in Ortsklasse I von 87 Pfg. auf 90 Pfg. zu erhöhen. Diesen lehnten die Arbeitgeber ebenfalls ab; auch die beim Reichsarbeitsministerium beantragte Verbindlichkeit wurde nach langer Wartezeit abgelehnt. Die Verbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages ist ja inzwischen erfolgt, aber nicht für die Versandarbeit. (Auch hierüber hat dann in Berlin noch eine Sonderverhandlung stattgefunden, die aber leider ergebnislos verlaufen ist.) Bei der letzten Verhandlung vor dem Schlichter in Hamburg hat der Arbeitgebervertreter Herr Heinrich-Hamburg erklärt, daß die Gestehungszeiten zu hoch (!) seien und dieselben abgebaut werden müßten. Die viele Jahre als richtig anerkannten Gestehungszeiten sollen auf einmal zu hoch angelegt sein. Aber die 100 Prozent Aufschlag auf den Gesellenlohn als Meisterverdienst sollen bestehen bleiben, damit die Arbeitgeber bestehen können, wohingegen der Arbeiter mit seinem Lohn unter dem Friedenslohn bleiben soll. Bei dem sehr schlechten Geschäftsgang, der diesen ganzen Herbst geherrscht hat, wo unsere Kollegen ja das Hungern gelernt haben, haben sie hoffentlich auch darüber nachgedacht, welche Mittel anzuwenden sind, um diesen Versuch der Arbeitgeber zurückzuweisen.

Bei dem Bezirksverband Niedersachsen hatten wir den Lohn am 20. August gekündigt. Ueber die Verhandlung hat der Kollege Webner in der vorigen Nummer des „Schuhmacher" berichtet. Die Stellungnahme der Arbeitgeber ist die gleiche, wie in Hamburg: Abbau der Löhne und Gestehungszeiten.

Für den Bezirksverband Mecklenburg ist der Tarifvertrag für Mecklenburg für Mecklenburg-Schwerin für allgemein verbindlich erklärt. Die Verbindlichkeit hat mit dem 1. Juli begonnen. Für Mecklenburg-Strelitz ist dieselbe abgelehnt, weil nach Meinung der Behörde kein allgemeines Interesse vorliege.

Daß die Arbeitgeber die allgemeine wirtschaftliche Lage ausnützen, um die Löhne zu drücken, und daß sie von den Schlichtungsbehörden hierbei unterstützt werden, ist ja in letzter Zeit genügend bewiesen. Hoffentlich ziehen unsere Mitglieder hieraus die Lehre und führen dem Verbande neue Mitglieder zu. Die Bezirksleitung.

Mitteilungen.

Berlin.

Ueber die Verhältnisse in Rußland berichtete in einer am 23. 9. 25. von der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher in Böckers Festsälen einberufenen gutbesuchten Mitgliederversammlung der Essener Bergarbeiter Oberhagen. Im Eingange seiner zweistündigen Ausführungen bemerkte der Referent, daß auf ihn die jahrelangen Schwindelberichte gewisser Tagespressen nicht ohne Einfluß geblieben sind. Er fuhr nach Rußland als Skeptiker. Als Sozialdemokrat war er voreingenommen gegen das Sowjet-System und der von diesem geübten Diktatur. Er habe die Dinge kritisch untersucht. Bevor er jedoch seine eigenen Untersuchungen schilderte, schilderte er Stellen aus Schriften von Oberst Bauer und General Schöneich, die günstig für das Sowjet-System lauten. Redner meinte, wenn seine anwesenden Parteigenossen ihm nicht glauben wollen, so mögen sie die Schriften dieser Männer nachlesen, die gewiß keine Bolschewiki sind und sich günstig für das Sowjet-System aussprechen. Redner, von Beruf Bergarbeiter, berichtet, daß ihm die Verhältnisse im russischen Bergbau nicht gefallen haben. Die Bergwerke sind technisch nicht auf der Höhe. Dies erklärt sich jedoch aus dem Umstand, daß die Bergwerke in technisch rückständigem Zustande von der Zaren-Regierung übernommen wurden. Während der Zeit des Bürgerkrieges sind die Gruben ersoffen und mußten unter großen Kosten und Mühen wieder instand gesetzt werden. Der Aufbau und die technische Vervollkommnung sind in vollem Gange. Eine vom Referenten besichtigte Lederfabrik, sowie viele von ihm besichtigte Betriebe der Metall- und Holz-Industrie usw., sind (seiner Auffassung nach) technisch auf voller Höhe. Die Löhne der Arbeiter bewegen sich zwischen 35 bis 150 Rubel im Monat. Diese große Differenzierung sei notwendig gewesen, um die qualifizierten Arbeitskräfte anzuspornen. Redner berichtete über die sonstigen Lebensbedingungen der russischen Arbeiter, die aus den vielen bereits veröffentlichten Berichten der nach Rußland Abgesandten, sowie aus dem Bericht der englischen Gewerkschafts-Delegation schon bekannt sind, wie beispielsweise: Die restlose Durchführung des Acht-Stunden-Tages für alle Arbeiter (natürlich auch das Vorkommen von Ueberstunden), die gesetzliche Festsetzung der Arbeitszeit für die Jugendlichen von vier bis sechs Stunden täglich, Urlaubsgewährung von zwei bis vier Wochen an alle Arbeiter bei fünfmonatlicher Beschäftigung im Betriebe, Fortzahlung des vollen Lohnes bei Krankheit usw. Redner sagt, daß die Lebenshaltung der russischen Arbeiter, mit Ausnahme von Wohnungen und Kleidung, wohl heute schon besser sei als in Deutschland. Der russische Arbeiter sei in der Lage, mit einem Verdienst von 35 Rubel monatlich, dreimal täglich Fleisch essen zu können. Redner berichtet weiter, daß der Genuß des Alkohols auf ein Minimum beschränkt ist. Die gesamte Wirtschaft befindet sich in den Händen der Sowjetmacht. Nur 5 Prozent der Wirtschaft sind als Konzession, deren Erträgnisse zum weiteren Ausbau der kommunistischen Wirtschaftsweise verwendet werden, an in- und ausländische Kapitalisten verpachtet. Ueber die Stellung der Frau im heutigen Rußland berichtete der Redner, daß die Frau in jeder Beziehung dem Manne gleichgestellt ist. Sie ist berechtigt, Arbeit in den Betrieben anzunehmen, jedoch nicht verpflichtet. Eheschließung und Ehescheidung ist bei gegenseitigem Einverständnis jederzeit möglich. Für die Ernährung der Kinder sind beide Ehegatten verpflichtet. Religion ist Privatsache. Die Kunst gehört dem Volke. Die Wissenschaft wird ausschließlich in den Dienst des Volksganzen gestellt. In Rußland herrschen die Arbeiter als Klasse.

Einige aus der Versammlung gestellte Anfragen wurden vom Referenten beantwortet. Eine angenommene Entschließung betont die Notwendigkeit, über Rußland der Wahrheit auf den Grund zu gehen und bekräftigt den Wert internationaler Verbrüderung.

Roßwein.

Die Lage der Roßweiner Schuhindustrie ist Gegenstand lebhafter Debatten fast jeder Mitgliederversammlung. In einem Betrieb wird seit länger als einem Jahr nur 4 Tage, 3 Tage und teilweise noch weniger pro Woche gearbeitet, außerdem sind Entlassungen nichts seltenes. Natürlich betrifft es immer Kollegen, die fast ein ganzes Menschenalter dem Unternehmer gedient haben.

In einem anderen Betriebe werden in verschiedenen Abteilungen Ueberstunden über Ueberstunden gearbeitet, Leute eingestellt, aber ja keine einheimischen, nur immer Leute von auswärts, trotzdem wir in Roßwein sehr viel arbeitslose Schuhfabrikarbeiter aller Sparten gehabt haben, die sich natürlich in anderen Berufen Beschäftigung suchen mußten. Stellt man einen Unternehmer zur Rede, warum er diesen oder jenen Kollegen nicht einstellt, trotzdem er ihn sehr nötig gebrauchen könnte, so sagen die Herren ganz ruhig: „Ich kann doch meinem Kollegen, mit dem ich in freundschaftlichen Beziehungen stehe, keine Arbeiter wegnehmen, es sei denn, sie arbeiten erst 6 Wochen in einem andern Berufe, dann können sie kommen und sofort anfangen." Solche und ähnliche Reden bekommt man so gelegentlich zur Antwort, und dann behauptet man noch, es bestehe keine Vereinbarung, wodurch der Arbeiterschaft die Freizügigkeit unterbunden würde.

Wir haben in Roßwein 10 Betriebe in der Schuhindustrie, darunter 4 größere von 140—300 Arbeitern. Es ist aber selten möglich, daß ein Arbeiter seine Arbeitsstätte wechseln, aus einem Betrieb in den andern eintreten kann. In den größeren ist dies überhaupt unmöglich. Wo bleibt da die Freizügigkeit des deutschen Arbeiters? Der größte Betrieb am Platze ist auch eine von den wenigen Unternehmungen, welche die 6 Pfg. Lohnzulage für Akkordarbeit vom 20. März heute noch nicht zahlen. Sie sind der Meinung, für sie ist der Schiedsspruch des Zentraltarifamtes Berlin vom 10. Juni maßgebend, was gleichbedeutend ist mit einer Strafe für die leistungsfähigen Akkordarbeiter. Man könnte außerdem über die Mißstände dieses Betriebes ein ganzes Buch schreiben. Natürlich trägt daran auch die Arbeiterschaft einen Teil der Schuld selbst. Sie muß samt dem Betriebsrat als ein geschlossenes Ganzes dem Unternehmer gegenüberstehen, wenn er auch einmal droht, den Betrieb zu schließen und dergleichen, was ja des öfteren vorkommt.

Die Kollegenschaft Sachsens, ja überhaupt ganz Deutschlands ersuchen wir, bevor jemand in Roßwein in Arbeit treten will: erkundigt euch erst bei der Ortsverwaltung, damit ihr Aufklärung erhaltet, in welche geweihte Stätte ihr eintreten wollt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 4. Oktober bis 10. Oktober 1925 ist der 41. Beitrag fällig.

Haushaltungsstatistik.

Berichtsbogen 29 ist spätestens am 12. Oktober an uns einzusenden. Für die Woche vom Sonntag, 4. Oktober, bis Samstag, 10. Oktober, ist der Bogen 29 auszufüllen.

Berichtigung.

Unter den auf Antrag der Zahlstelle Augsburg ausgeschlossenen und in der Nr. 40 des „Schuhmacher" veröffentlichten Mitgliedern befindet sich irrtümlicher Weise der Name Minna Leitenmeier. Das ausgeschlossene Mitglied heißt Wilhelmine Seitenmeier, früher Traut. B.-Nr. 84.286.

Genehmigung von wöchentlichen Extrabeiträgen.

Auf Grund des § 6 Ziffer 1 des Statuts wird der nachfolgenden Zahlstelle die Erhebung eines Extrabeitrages in der bezeichneten Höhe (pro Beitragsmarke) genehmigt:

Hamburg ab 27. September (40. Beitragswoche) in der 1. und 2. Beitragsklasse statt 10 jetzt 15 ₰ und in der 3., 4. und 5. Beitragsklasse statt 15 jetzt 20 ₰. Ferner wird ein einmaliger Beitrag von 1 ℳ, zahlbar in 2 Raten zu 50 ₰ pro Mitglied, genehmigt.

Nürnberg, den 3. Oktober 1925. Der Vorstand.

Literatur.

Jürgen Brand: Gerd Wullenweber. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68. Gebunden 1.75 ℳ. In achter Auflage macht diese Geschichte eines jungen Arbeiters „Gerd Wullenweber" seinen Weg. Im Sturm hat sie sich die Herzen der schaffenden Jugend erobert. Dieses echte Jugendbuch, welches in sehr geschmackvoller Aufmachung herauskommt, wird sich sicher den Weg bahnen zu allen denjenigen, die es noch nicht kennen.

Anzeigen.

Alte erstklass. mittelsächsische Schuhfabrik sucht für feinste Damen-Luxus-Arbeit 10—15 (möglichst) ledige, gelernte, flotte

Schoß-Schuhmacher

(Ago-Fachleute)

z. T. an Maschinen. Meldungen unter Angabe von Alter und Lehrzeit u. „Hosta" a. d. Exp.

Gesucht wird per sofort ein

tücht. Maschinenzwicker

für System Consolidated. Für einen Mindeststundenlohn von 1 ℳ wird garantiert. Die Beschäftigung ist bei zufriedenstellender Arbeit dauernd.

Gebr. Hetzler, Schuhfabrik AG.
Herzogenaurach (Oberfrkn).

Dem Kollegen Johann Reuber zu seinem am 3. Oktober stattfindenden 25jähr. Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen von Radebeul.

Unserem Kollegen Gust. Pachebusch und seiner Ehefrau wünschen wir zu ihrer am 30. Sept. stattgefundenen Silberhochzeit viel Glück und Segen.
Die Kollegen der Zahlstelle Stendal.

Perfekter

Zuschneider

guter Kalkulator, für Filz u. Leder, sofort für dauernde Beschäftigung gesucht.

Clemens & Co.
Schuh- und Pantoffel-Fabrik
Großharthau (Amtsh. Bautzen.)

„Chalyseta"
die Schuhmacher-Stahlborste
Nr. 1 zum Doppeln, Nr. 2 zum Umwenden u. Einstechen, Nr. 3 zum Einbinden 2c.
12 Stck. ℳ —.60, 100 Stck. ℳ 3.—, 1000 Stck. ℳ 15.—.
Walter Schulz
Hamburg 23, Hammerstr. 38.

MODELL-WINKEL
Reduktionszirkel, Fachschriften zum Modellieren Selbstunterricht
Liste 9 kostenfrei.
H. Franke, Artern 17.

In jede Arbeiterfamilie gehört die politische Arbeiterpresse

Wie werde ich Modelleur?

Dieses Ziel erreichen Sie am besten durch den Besuch der bekannten
Spezial-Modellfachschule J. Kröner, Bamberg (Bayern).
Gründliche praktische Ausbildung von Berufsmodelleuren der Schuh- und Schäfte-Fabrikation.
4 Modellgradiermaschinen verschiedener Systeme sowie sämtliche Maschinen, die zum Modellfach gehören, sind vorhanden.
Eintritt jeden 1. und 15. des Monats. Prima Referenzen. Prospekt gratis.
Keine Massenausbildung!
Die Krönersche Fachschule ist einzig in ihrer Art

E. Vögtle, Berlin N. 54
Lothringer Straße 88
Generalvertretung der Firma Johannes Lamp Söhne, Tuttlingen, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Sämtliche Werkzeuge für Hand- u. mechan. Arbeit.
Echt Schwedische Messer, Marke „Hasisch".
Spezialwerkzeuge für Balkengarbeit. — Billigster Fabrikat [illegible]